

Ich wähle keine Lügner!

Von D. Mitscherling, August 2013

Mehrere politische Institute Deutschlands haben in jüngster Zeit versucht, dem Phänomen des Nichtwählers auf die Spur zu kommen. Ob Bertelsmann- oder Friedrich-Ebert-Stiftung, sie alle kommen zu ähnlichen Ergebnissen, wonach vor allem Jüngere, Einkommensschwache, Bildungsferne, Nicht-Privilegierte und Unzufriedene, den Wahlen fern blieben. Die Friedrich-Ebert-Stiftung nennt das „Schieflage der sozialen Repräsentanz der Politik“ und in der Studie der Bertelsmann Stiftung und des Instituts für Demoskopie Allensbach heißt es: „Wir erleben eine zunehmend sozial gespaltene Demokratie.“ Pressemitteilungen zufolge könnten ganze gesellschaftliche Gruppen oder soziale Schichten verloren gehen.

Wie auch immer das gemeint ist; fest steht, dass die Zahl der Nichtwähler immer mehr anwächst und ganze Bevölkerungsgruppen aus *allen* sozialen Schichten den Wahlen fern bleiben.

Am 22. September 2013 findet die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag statt. Nach § 15 Bundeswahlgesetz (BWG) ist jeder Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) wählbar, wenn er am Wahltag das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat. Nicht wählbar ist, wer nach § 13 BWG vom Wahlrecht ausgeschlossen ist oder wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.

Im entsprechenden Zeitraum vor der Bundestagswahl haben die Parteien ihre Kandidaten aufgestellt. Unter so manchen neuen Bewerbern finden sich auch viele altgediente Bundestagsabgeordnete wieder, Mitglieder des Bundestages, die über Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, in ihren Parteien und Fraktionen Ämter begleiten oder sogar in der Regierung tätig waren bzw. sind.

Nach Artikel 18 GG hat jedermann, der die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1 GG), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3 GG), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8 GG), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9 GG), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10 GG), das Eigentum (Artikel 14 GG) oder das Asylrecht (Artikel 16a GG) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung *missbraucht*, diese genannten Grundrechte verwirkt. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das deutsche Volk (also auch die Regierung) bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt."

Dieses, das höchste Grundrecht (Artikel 1 GG), die Würde des Menschen, wird mit Füßen getreten. Und kaum jemand stört das Lügengeflecht unserer Führungsriege. Im Gegenteil; die Beliebtheitswerte der Kanzlerin und ihrer Regierung erreichen, glaubt man den Umfragen, Rekordwerte.

Am 1. August veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung in ihrer Online-Ausgabe einen äußerst informativen Bericht unter dem Titel "Amerikas großes Ohr". Darin werden die *Sünden* der Bundesregierungen und der Mitglieder des Bundestages in den letzten 40 Jahren aufgelistet. Akribisch werden die Vergehen im Sinne des GG, die ausländische und deutsche Geheimdienste seit den 1970er Jahren (oder schon früher) mit Billigung der Regierung und der Mitglieder des Bundestages, schalten und walten lassen wie diese nur wollten, offengelegt.

"Der Direktor von Amerikas mächtigstem Geheimdienst zögerte einen Augenblick. Dann sagte er: "Die National Security Agency (NSA) hat systematisch internationale Kommunikation abgehört", schreibt die Zeitung und fährt fort: "Die NSA zapft Kabel an, hört Telefonate mit und liest private wie geschäftliche Korrespondenz. Das klingt bekannt. Es klingt wie eine Bestätigung der Enthüllungen des früheren NSA-Mitarbeiters Edward Snowden, der im Juni das Ausmaß der Spionage beschrieb und seither auf der Flucht ist. "Allerdings", so schreibt das Blatt weiter, "heißt der geständige NSA-Direktor nicht Keith B. Alexander, sondern Lew Allen. Was Allen sagte, sagte er vor 38 Jahren, am 8. August 1975."

Um sich das ganze Ausmaß der jahrelangen Bespitzelungen deutlich zu machen, brauchte man in den letzten Wochen nur die Zeitungen zu lesen. Ich habe mir hier nur die eine, die Süddeutsche heraus gegriffen, denn sie beschrieb genau das, was wir ohnmächtig oder wie auch immer, scheinbar hinnehmen.

Doch wir dürfen nicht mehr länger dulden, ignorieren, totschweigen, vergessen, denn es geht schlicht und ergreifend um unsere Zukunft.

Die NSA-Geschichte ist eine Geschichte der Ignoranz und der Heuchelei. Die deutschen Regierungen haben immer wieder versucht mit spitzfindigen Mitteln, die ohnehin schon heikle und komplizierte Arbeit der Geheimdienste einen rechtsstaatlich Charakter oder Anstrich zu verpassen. Die Süddeutsche schreibt treffend: "... weil Geheimes ja eigentlich der Geheimhaltung unterliegt." "Das Ausmaß der durch Edward Snowden bekannt gewordenen Überwachung ist neu, die Methoden des größten aller amerikanischen Geheimdienste sind es nicht. Wirklich gestört hat das Wirken der NSA noch keine deutsche Regierung. Die Treue zum großen Bündnispartner stand stets über allem."

Da bleibt einen die Spucke weg! Immerhin, der Bundesregierung geht es um Treue zum großen Bruder. Wie edel könnte man meinen. Doch einige weitere Fakten bestätigen das zutiefst heuchlerische, ja verlogene Vorgehen unserer Regierungen, egal ob schwarz, gelb, rot oder grün. Heute kann der unbescholtene Bundesbürger letztlich nur noch mit Abscheu auf seine politischen Vertreter zurückblicken.

- 1972 verriet ein früher Vorgänger Snowdens, der Entschlüssler Perry Fellwock, erstmals Erhellendes aus der Welt der Agency. Im Gespräch mit dem linkskatholischen amerikanischen Magazin Ramparts nannte er das Arbeitsprinzip der NSA das einer "Nachrichten-Diktatur": "Selbstverständlich werden alle transatlantischen und transpazifischen Telefonate in die USA oder aus den USA abgehört." Es gebe kein Land, das die NSA nicht ausspioniere; sie sammle "Informationen über sie alle".

- Wie man alle ausspäht, wollten offenbar auch die deutschen Dienste lernen. Dieter Blötz, in den Siebzigerjahren Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), reiste regelmäßig nach Fort Meade, Maryland, ins Hauptquartier der NSA.

- Eine erste Bundestagsaussprache über das "Abhören privater Telefongespräche durch die NSA" fand 1982 statt. Das Innenministerium wurde gefragt, auf welcher Grundlage die NSA "massenhaft private Telefongespräche" abhöre. Ein Staatssekretär erklärte: "Die Bundesregierung hält an ihrer bisherigen Übung fest, Einzelheiten nur vor den zuständigen parlamentarischen Kontrollorganen, nicht aber in der Öffentlichkeit zu erörtern."

- 1989, titelte der Spiegel: "Amerikas großes Ohr". 350 geheimdienstliche Zentren und Kommandos der USA sollen damals in der Bundesrepublik tätig gewesen seien.

Wie die Süddeutsche Zeitung weiter berichtet, gab es in den vergangenen 30 Jahren "im Bundestag *Dutzende* Fragestunden, Anfragen, sogar Untersuchungsausschüsse zu Lauschangriffen der US-Dienste." "Das Thema kommt immer wieder in Schüben, wie eine Fieberkrankheit, und der Bundestag befasst sich aufgeregt mit dem Befund, wenn er vom nächsten Schub geschüttelt wird. Im Grunde wird jedes Mal wieder "der umfassendste Eingriff" in die Grundrechte diagnostiziert, wie Thomas Oppermann (SPD) jüngst formulierte. Jedes Mal ohne Folgen."

Mit Verlaub: Ist es nicht ungeheuerlich wie schnöde und zynisch die Mitglieder des Bundestages und insbesondere die Bundesregierungen seit Jahrzehnten verfassungswidrig handeln, ihr eigenes Volk ausspitzeln und belügen und nie zur Verantwortung gezogen wurden. "... das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis missbraucht, ... verwirkt die Grundrechte."

Und solche Bewerber soll ich wählen? Nein, Herr Seibert, das geht gar nicht!

Wie lange soll das noch so weiter gehen, dass jeder Briefträger bei Verstoßes gegen das Brief- und Postgeheimnis bestraft wird, andere, unsere Regierung an der Spitze, allerdings nicht. Wie lange wollen wir noch zusehen, wie neoliberale Elemente im Namen der Sicherheit Millionen und Abermillionen unserer Steuergelder ausgeben, und wie zum Hohn mit unserem Geld uns, ihr eigenes Volk, ausspähen. Es ist eine Tragödie, wenn ein Volk, ja ganze Völker, wissentlich zu gläsernen Menschen gemacht werden und sich dagegen nicht zu wehren scheinen.

Wie lange wird es noch dauern bis sie wissen was wir (ihre Untertanen) morgen tun werden? Eines scheint jedenfalls klar zu sein. Die Mächtigen setzen alles daran ihre Macht zu sichern und die Vermehrung ihres Reichtums bestmöglichst zu schützen. Dafür ist ihnen jedes Mittel, ob Krieg oder Drohnenangriff, Unterminierung von Regierungen etc., recht. Aber ganz oben auf der Skala der Mittel stand und steht der große Lauschangriff.

Und da ist noch etwas, Herr Seibert! Ein Freihandelsabkommen mit Amerika. Nein, auch dagegen muss ich ankämpfen. Freihandel mit dem weltweit größten Terrorstaat, den USA! - nein auch das geht gar nicht!

Snowdens Enthüllungen sind Anlass genug sich jetzt zu empören. Auch wenn die Bundesregierung jetzt Konsequenzen aus der Affäre zu ziehen scheint und "Im gemeinsamen Einvernehmen" eine Verwaltungsvereinbarung mit den USA und Großbritannien aus den Jahren 1968/1969 außer Kraft treten lässt. Keiner sollte jetzt denken, dass das Ausspähen damit beendet wäre. Oh nein, dafür müssen ganz andere politische Voraussetzungen geschaffen werden. Um dies zu erreichen braucht es viele entschlossene Menschen nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa wird ein intensives Ringen um eine neue, ehrliche Demokratie beginnen müssen.

Einen Anfang kannst du und ich hier in Deutschland machen. Wir können ein Mittel einsetzen, das scheinbar mit der DDR untergegangen ist. Nicht wählen gehen! Millionenfach nicht wählen gehen, das wird die größte Schlappe für die Politik seit dem Bestehen der Bundesrepublik. Die Lügenparteien, die sich heute noch um Wahl-Quoten streiten, sollen millionenfach nicht gewählt werden, denn das ist im Moment scheinbar die einzige wirksame Alternative, die die Politiker in Deutschland zum Nachdenken zwingen wird!